

**Unverkäufliche Leseprobe**



**Ulrich Mähler**  
**Kleine Geschichte der DDR**

208 Seiten, Paperback  
ISBN: 978-3-406-59464-9

## Vorwort zur sechsten Auflage

Mit dem 3. Oktober 1990 wurde die Deutsche Demokratische Republik Geschichte. War sie nur eine Episode, eine „Fußnote“ in der Entwicklung des deutschen Nationalstaates, die 1871 ihren Anfang genommen hatte und die nach 1949 fast bruchlos von der Bundesrepublik Deutschland fortgesetzt wurde? Vieles spricht dafür, diese Frage zu bejahen. Der westdeutsche Teilstaat hatte die Rechtsnachfolge des 1945 untergegangenen Deutschen Reiches angetreten und auch im Bewußtsein vieler Zeitgenossen kam die DDR 1990 irgendwie „nach Deutschland“ zurück. Und dennoch: Die Zweistaatlichkeit und ihre unmittelbare Vorgeschichte hatten 1990 mehr als ein Drittel des Zeitraumes angedauert, in dem Deutschland als Nationalstaat überhaupt existierte. Bei der ersten deutschen Vereinigung vor nunmehr 133 Jahren brachte das Preußische Königreich annähernd zwei Drittel der Fläche und der Bevölkerung in das Deutsche Reich ein. In der durch den Beitritt der DDR vergrößerten Bundesrepublik leben etwas mehr als ein Fünftel der Einwohner in den „neuen Bundesländern“, die knapp ein Drittel des Staatsgebietes stellen. 1871 war etwas Neues entstanden. Und 1990? Trat an die Stelle der alten Bundesrepublik eine neue? Vordergründig scheint dies nicht der Fall zu sein. Der Vereinigungs- und Transformationsprozeß war vermeintlich allein Sache der Ostdeutschen, setzte auf deren rasche Anpassung, während der Westen am Status quo festhielt. Anfangs erregte dies zwischen Elbe und Oder auch keinen Widerspruch. Man war es leid, DDR-Bürger zu sein, und bereit, in jeder Hinsicht Bundesbürger zu werden. Als ab 1990 im Ostteil Berlins die alten KfZ-Kennzeichen umgetauscht werden konnten, standen die Menschen vor der Zulassungsstelle Schlange. Doch die massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der damit einhergehende dramatische An-

stieg der Arbeitslosigkeit ließen östlich der Elbe bald das Gefühl aufkommen, im Abseits zu stehen. Auf einmal wurden die alten DDR-Personalausweise oder -Reisepässe, die erst Ende 1995 ihre Gültigkeit verloren, mit trotzigem Stolz vorgezeigt. Mit wachsendem Befremden registrierte man im Westen, wie sich im Osten eine DDR-Identität äußerte, die in dieser Form zu Zeiten der SED-Diktatur nie existiert hatte. DDR-Produkte – die längst von westdeutschen Firmen produziert werden –, Popmusik und Schlager, ja selbst die Insignien der untergegangenen DDR, die die meisten Ostdeutschen zu Wendezeiten weder gehört noch mit spitzen Fingern angerührt hatten, erlebten ein ungeahntes Comeback. Was vom Westen als „Ostalgie“ verbucht wurde, ging mit einem zunehmend verklärten Blick auf die DDR-Geschichte einher. Für viele einstige DDR-Bürger war das Leben vor 1989 nicht von jenen menschenverachtenden Zügen des SED-Regimes bestimmt gewesen, die das in den Medien gezeichnete Bild des untergegangenen Staates kennzeichnen und die Vorstellungswelt im Westen prägen.

„Wir waren alle gleich, und wir hatten alle Arbeit – darum war es eine schöne Zeit.“ Diesem Statement stimmte bei einer Umfrage im Sommer 2001 fast jeder zweite Ostdeutsche zu.

Kennzeichnend für die heutige Situation ist eine auf beiden Seiten vorhandene Unkenntnis der Geschichte der deutsch-deutschen Teilung im allgemeinen und der Geschichte der DDR im besonderen. Dies gilt besonders für die heranwachsenden Generationen. Im Westen verstellt der Fokus auf den „Unrechtsstaat“ DDR den Blick auf die Lebensrealität des fremdgewordenen Nachbarn. Im Osten ist es die Fixiertheit auf den Alltag, dessen Unbill in der Erinnerung immer mehr verblaßt, die die Sicht auf die diktatorische Herrschaftspraxis der SED verdunkelt.

In dieser Situation gewinnt die Arbeit der Historiker eine selten so greifbare gesellschaftliche Relevanz. Ihnen obliegt es, auf der Grundlage der im Übermaß zur Verfügung stehenden Quellen, den Versuch zu unternehmen, die Vergangenheit in all ihrer Vielschichtigkeit zu rekonstruieren. Solange gegenseitiges

Mißverstehen das Miteinander trübt, darf die Beschäftigung mit der deutsch-deutschen Geschichte nicht auf wenige Jahrestage beschränkt bleiben.

Die vorliegende „Kleine Geschichte der DDR“ ist für jene gedacht, die sich einen Überblick über die andere deutsche Nachkriegsgeschichte verschaffen wollen. Als Skizze der DDR-Entwicklung kann und will sie nicht den Anspruch erheben, diese Geschichte in all ihren Facetten zu erzählen. Hinweise auf weiterführende Literatur und thematische Internetangebote im Anhang des Bandes sollen dazu anregen, tiefer in dieses Thema einzusteigen.

Im Herbst 1989 brachten die Menschen in der DDR die SED-Diktatur zu Fall, als sie ihren gewaltlosen Protest gegen das Regime auf die Straßen trugen. Der Umbruch in der DDR war Teil der friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa, mit denen die Menschen die kommunistischen Diktaturen überwand, Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung erkämpften. Ohne diese friedlichen Revolutionen hätte es weder die deutsche noch die europäische Wiedervereinigung gegeben. Aus Anlaß des 20. Jahrestages dieser friedlichen Revolutionen erscheint die *Kleine Geschichte der DDR* in nunmehr sechster, überarbeiteter Auflage.

Das Buch bleibt dem Mannheimer Nestor der DDR- und Kommunismusforschung, Prof. Dr. Dr. h. c. Hermann Weber, gewidmet, dem der Autor als sein akademischer Schüler freundschaftlich verbunden ist.

Berlin, im Mai 2009

*Ulrich Mählert*

## Anmerkung zur fünften Auflage

Die DDR-Geschichte stand 2006 erneut im Fokus der gesamtdeutschen Aufmerksamkeit. Was war die DDR? Über diese Frage scheiden sich nach wie vor die Geister. Der Spielfilm „Das Leben der Anderen“ trug mit dazu bei, die Versuche ehemaliger Stasi-Offiziere ad absurdum zu führen, die SED-Diktatur zu verharmlosen.

Noch setzen sich vier Jahrzehnte deutscher Teilung in der Erinnerungskultur fort. Für viele Westdeutsche erscheint die DDR-Geschichte nach wie vor eher von regionalem und nicht gesamtdeutschem Belang. Aber es mehren sich die Initiativen, die im doppelten Wortsinne geteilte deutsche Nachkriegsgeschichte als gemeinsame Geschichte zu betrachten und zu lehren. Vielleicht gelingt es, den 20. Jahrestag der friedlichen Revolution 2009 nicht nur als Ende der SED-Diktatur, sondern auch als Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas zu feiern.

Oktober 2006

*U. M.*

## 1. Der Weg in die Diktatur

Für keinen der Parteiführer war es der erste Aufenthalt in Moskau. Die Altkommunisten Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Fred Oelßner hatten während der nationalsozialistischen Diktatur viele Jahre im – wie es in der Propaganda hieß – „Vaterland aller Werktätigen“ verbracht. Auch der einstige Sozialdemokrat Otto Grotewohl, der gemeinsam mit Pieck der SED vorstand, war schon mehrfach in geheimer Mission im Kreml gewesen. Und dennoch dürfte die Anspannung der vier Funktionäre groß gewesen sein, als sie am 16. September 1949 überstürzt nach Moskau flogen. Am Vortag hatte der westdeutsche Bundestag Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt. Jetzt, da die staatliche Teilung Deutschlands besiegelt schien, erwartete die ostdeutsche Delegation endlich „grünes Licht“ zur Gründung „ihres“ Staates. Doch in Moskau angekommen, mußten die deutschen Gäste – übrigens nicht zum ersten Mal – erleben, daß sie kaum mehr als Bauern auf dem Schachbrett der Stalinschen Europapolitik waren. Nicht genug damit, daß der Generalissimus die Delegation überhaupt nicht empfing, er ließ sie auch tagelang in der Regierungsdatsche Kunzewo bei Moskau warten. Denn anders als für die SED-Führung war die nun im Osten bevorstehende Staatsgründung für Stalin keineswegs ein Grund zur Freude. Schließlich war die sowjetische Deutschlandpolitik seit Mitte der vierziger Jahre darauf ausgerichtet, dauerhafte militärische Sicherheit vor Deutschland zu erlangen, Reparationslieferungen aus den westlichen Industrierevieren zu erhalten und zu verhindern, daß das deutsche Potential ganz oder überwiegend in die Hände der Westmächte fiel. Doch genau dies trat nun ein. Was die politische Ordnung Deutschlands anging, zeigte sich die Sowjetunion durchaus realistisch. Das Minimalziel war ein neutrales, der Sowjetunion nicht feindlich gesinntes Deutschland

mit einer bürgerlichen Demokratie, in der die Kommunisten an der Macht beteiligt sein sollten. Auf dieser Grundlage wollte man schließlich das Maximalziel anvisieren, das 1945 außerhalb der Reichweite lag: die Installierung des eigenen Systems in Deutschland.

Vier Jahre nach dem hart erkämpften Sieg über das „Dritte Reich“ befand sich die Sowjetunion statt dessen in einem neuen – wenn auch noch kalten – Krieg. Den Konflikt mit den einstigen Verbündeten hatte die geschwächte UdSSR nicht gewünscht, dessen Eskalation jedoch wesentlich mit zu verantworten. Mit der im Herbst 1949 abgeschlossenen Weststaatsgründung standen die sowjetischen Deutschlandpolitiker vor einem Scherbenhaufen. Die Frontlinie des Kalten Krieges zog sich mitten durch Deutschland und ließ das Gespenst eines neuerlichen Schlagabtauschs mit dem alten Gegner wiederaufstehen, der diesmal – so die Angst – verbündet mit der Atommacht Amerika ins Feld ziehen würde. Angesichts dieser düsteren Perspektive verfolgten die Sowjets zwei widersprüchliche deutschlandpolitische Optionen. Einerseits hoffte der Kreml weiterhin, die Westmächte irgendwie doch noch dazu zu bringen, Deutschland als Pufferstaat zu neutralisieren. Andererseits schien es die eigene militärische Sicherheit Ende der vierziger Jahre zu verlangen, zumindest den Teil Deutschlands zum Bollwerk gegen den Westen auszubauen, dessen man 1945 habhaft geworden war. Mit der bei Kriegsende gehegten Absicht, in der eigenen Besatzungszone durch die Wiederzulassung von Parteien und Verbänden sowie den Aufbau von zentralen Verwaltungsstrukturen vollendete Tatsachen zu schaffen und damit ein Modell für ganz Deutschland zu etablieren, war die Sowjetunion 1949 jedenfalls gründlich gescheitert. Ihre Besatzungspolitik trug nicht nur zur Entstehung des Kalten Krieges bei, sondern hatte die Sowjets auch bei der Mehrheit der Bevölkerung in Ost- wie in Westdeutschland diskreditiert. Dabei waren es nicht so sehr die seit Sommer 1945 unter dem Leitsatz der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ durchgeführten strukturverändernden Maßnahmen in der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft, die den größten Wider-

spruch hervorriefen. Dazu zählten die Bodenreform, die Enteignungen in der Industrie sowie Reformen im Bildungswesen, mochten sie auch später die Grundlage für das kommunistische Herrschaftssystem bilden. Vielmehr war es der Besatzungsalltag östlich der Elbe, der die Politik der sowjetischen Okkupanten beim größten Teil der Bevölkerung frühzeitig in Verruf brachte: die unaufhörlichen Demontagen, die zahllosen Übergriffe der Besatzungsmacht, die Verhaftungsaktionen der sowjetischen Geheimdienste, die erzwungene Vereinigung von KPD und SPD zur SED und deren Protektion durch die Militärregierung, die mit einer rücksichtslosen Indienstnahme der Partei für die eigenen Interessen einherging, der immer stärker werdende Druck auf die politische Opposition, später die Berlin-Blockade und der zunehmende Gleichschaltungsdruck in der Gesellschaft. All dies mündete schließlich 1948 in der unverhüllten Sowjetisierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der SBZ.

Der offensichtliche Widerspruch zwischen dem politischen Willen und dem Handeln der Sowjets hatte vielerlei Ursachen. Zum einen war Deutschland nur ein – wenn auch wesentlicher – Schauplatz im Kalten Krieg, der die einstigen Verbündeten zu unerbittlichen Feinden werden ließ. Die Blockkonfrontation konnte Deutschland nicht unberührt lassen. Zum anderen resultierte der Widerspruch aus Fehleinschätzungen und Fehlwahrnehmungen der sowjetischen Besatzungsmacht. Moskau überschätzte nicht nur den Stellenwert, den die Frage der staatlichen Einheit im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung und ihrer Politiker hatte. Bis in die fünfziger Jahre hinein glaubte der Kreml, daß die Aussicht auf die Wiedervereinigung die Westdeutschen so manche politische Kröte schlucken ließe. Weiterhin machte man sich lange Zeit über die Schlagkraft der westdeutschen Kommunisten und die Zugkraft der eigenen Ideologie Illusionen. Beide – davon war man in Moskau fest überzeugt – hätten sich in Westdeutschland lediglich aufgrund der Repressionen der westlichen Besatzungsmächte nicht entfalten können. So wurden die Verantwortlichen in Moskau zum Teil Opfer ihres eigenen Wunschenkens. Andererseits

konnte die Sowjetunion nicht verstehen, wieso die politische Realität in der SBZ vielen als undemokratisch galt. Schließlich hatte man in dieser Hinsicht – gemessen am eigenen Staatswesen – in Ostdeutschland geradezu unvorstellbare Zugeständnisse gemacht. Und offenbar liegt darin *ein* Schlüssel zum Verständnis für die ostdeutsche Nachkriegsentwicklung verborgen: Aufgewachsen in einer Diktatur, sozialisiert zur Zeit des politischen Terrors in der Sowjetunion der dreißiger Jahre und von der Richtigkeit der eigenen politischen Dogmen überzeugt, verfolgten und beförderten die meisten Besatzungsoffiziere – ob bewußt oder unbewußt – immer eine Politik, die dem eigenen Denken am nächsten kam. Darin wurden sie bald von jenen Kräften in der SED bestärkt, die erkannt hatten, daß eine Einigung der Siegermächte in der deutschen Frage beinahe zwangsläufig mit dem eigenen Machtverlust einhergehen würde. Spätestens seit dem Jahreswechsel 1947/48 galt für die SED-Strategen ein Leitsatz, der eigentlich im Westen geprägt worden war: „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“ Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Weststaatsbildung in großer Übereinstimmung mit der betroffenen Bevölkerung erfolgte. Im Osten war das nicht der Fall.

## Kriegsende 1945

Vier Jahre vor der Moskaureise der SED-Delegation im September 1949 war diese Entwicklung keineswegs vorhersehbar gewesen.

Mit der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht am 7. bzw. 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa, dessen tödliche Bilanz sich jeglicher Vorstellungskraft entzieht. 19 Millionen Soldaten waren auf den europäischen Schlachtfeldern gefallen oder galten als vermißt. Zu den 15 Millionen Ziviltoten kommen mehr als 6 Millionen von Deutschen ermordete Juden. Allein 20 Millionen Kriegsoffer hatte die Sowjetunion zu beklagen. Tod und



*Abb. 1: Blick auf das zerstörte Berlin, Mai 1947*

Zerstörung waren längst auf jene zurückgefallen, die sechs Jahre zuvor in bis dahin ungekannter Hybris daran gegangen waren, die Welt zu erobern. 6,5 Millionen Deutsche starben an der Front, während der Luftangriffe, auf der Flucht oder waren in den Konzentrationslagern ermordet worden. Als die Waffen endlich schwiegen, hatten 25 Millionen Deutsche als Flüchtlinge, Evakuierte oder Ausgebombte ihre Heimat verloren.

Katastrophale Verhältnisse herrschten in dem von sowjetischen Truppen besetzten Teil Deutschlands, in dem bis zuletzt erbittert gekämpft wurde. Die Flüchtlingsströme aus den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße und der späteren Tschechoslowakei ließen die Zahl der Einwohner gemessen am Vorkriegsstand bis Ende 1945 um eine Million auf rund 16 Millionen ansteigen. Im Herbst 1946 hatte schließlich jeder vierte der mittlerweile über 17 Millionen Einwohner seine Heimat verloren. Die akute Wohnraumnot vergrößerte das

Flüchtlingselend. Rund 650000 Wohnungen – ca. 14 Prozent des Vorkriegsbestands – waren infolge der Luftangriffe stark oder vollkommen zerstört worden.

Nachdem die Roh- und Grundstofflieferungen aus den westdeutschen Industrievieren ausgeblieben waren und systematische Luftangriffe die Verkehrswege zerstört hatten, war in den letzten Kriegswochen schließlich auch das Wirtschaftsleben in den von der weiterverarbeitenden Industrie geprägten Wirtschaftszentren in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin zum Erliegen gekommen.

Insbesondere die junge Generation war vom Krieg hart getroffen. Im Nachkriegschaos zwischen Elbe und Oder lebten Ende 1945 rund zweieinhalb Millionen Jugendliche im Alter zwischen 14 und 25 Jahren. Der Krieg hatte von den Jahrgängen 1920 bis 1928 einen hohen Tribut gefordert. Rechnerisch kam auf drei junge Frauen im Alter zwischen 17 und 25 Jahren lediglich ein männlicher Altersgenosse. Die Heranwachsenden litten besonders unter den Versorgungsmängeln und den durch Krieg und Flucht zerrütteten häuslichen Verhältnissen. Nachdem in den letzten Kriegswochen das Versorgungs- und Rationierungssystem zusammengebrochen war, erfolgte die Lebensmittelversorgung bis zum Herbst 1945 nur unregelmäßig und auf der Basis provisorischer Bestimmungen. In Berlin erhielten Kinder und Jugendliche von neun bis 17 Jahren 1945 zunächst 1388, ab Oktober 1550 Kalorien am Tag. Dies bedeutete – abhängig von Alter und Geschlecht – ein Defizit von 300 bis 1800 Kalorien täglich. Der ständige Hunger führte bei jungen Menschen bald zu einer allgemeinen körperlichen und geistigen Unterentwicklung. Zahn-, Augen- und Haltungsschäden, Kreislaufschwächen und Infektionskrankheiten bestimmten das Bild, Erschöpfungszustände wurden ‚laufend‘ festgestellt. Im Vergleich zur Vorkriegszeit verdoppelte sich die Sterblichkeitsziffer im Verlauf des ersten Friedensjahrs in Berlin auf 30 pro tausend Einwohner. Die Säuglingssterblichkeit lag bei vierzig Prozent. Die Ernährungssituation war ein gesamtdeutsches Problem und sollte sich in der ersten Nachkriegszeit noch verschlechtern.

Der Zusammenbruch der Infrastruktur, die Produktionsumstellung der bis zuletzt an den Erfordernissen der Kriegswirtschaft ausgerichteten Industrie und die beginnenden Demontagen ließen im Herbst 1945 die Zahl der Erwerbslosen rasch ansteigen. Zwar konnte die Arbeitslosigkeit bis Sommer 1946 weitgehend überwunden werden, dies änderte jedoch nichts am mangelnden Facharbeiternachwuchs. 1945 war das Ausbildungssystem zum Erliegen gekommen. Hinzu kam, daß viele Jugendliche ganz oder teilweise für den Unterhalt ihrer Familie sorgen mußten und deshalb die Hilfsarbeit in der Fabrik einer schlecht entlohnten Lehre vorzogen. Da Autoritäten in der Erwachsenenwelt kaum mehr existierten, blieb die Jugend sich selbst überlassen. Hamsterfahrten auf das Land, Schiebereien auf dem Schwarzmarkt und Diebstahl gehörten zum Alltag. Prostitution und Geschlechtskrankheiten breiteten sich aus. Es galt, das eigene Überleben und das seiner Familie zu sichern. Was gestern war, wurde zur Vergangenheit.

In den Tagen und Wochen zwischen dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaftsstrukturen in den Städten und Gemeinden und der Etablierung eines funktionsfähigen Besatzungsregimes entstanden überall im Deutschen Reich Ausschüsse, Ligen, Komitees, Bewegungen, deren gemeinsames Kennzeichen die Bezeichnung als „antifaschistisch“ war. Ein kleiner Teil dieser Antifa-Ausschüsse ging aus bereits bestehenden Widerstandsgruppen hervor, andere bildeten sich unmittelbar vor dem Einmarsch der alliierten Truppen und sorgten für die kampflose Übergabe ihrer Ortschaften. Die übrigen entstanden unmittelbar nach der Besetzung. Zu den Initiatoren dieser Zusammenschlüsse zählten zumeist Überlebende der organisierten Arbeiterbewegung von vor 1933, aber auch bürgerliche und christliche Demokraten. Im kurzzeitig entstandenen Machtvakuum begannen die Ausschüsse mit der Auflösung des lokalen nationalsozialistischen Machtapparats, der Entnazifizierung der Verwaltung sowie der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Es galt, die Nahrungsmittelversorgung zu sichern, die lethargische Bevölkerung zu ersten Wiederaufbauarbeiten heranzuziehen, Wohnraum für Obdach-

lose zu beschaffen sowie zur Ingangsetzung der örtlichen Wirtschaft beizutragen.

Unbeeinflusst von politischen Generallinien und Exilplanungen waren die Antifa-Ausschüsse spontaner Ausdruck eines Willens zum politischen Neuanfang von unten, dem nicht lange Raum gegeben werden sollte. Durch Krieg und Genozid hatte das deutsche Volk das Recht auf politische Selbstbestimmung für viele Jahre verspielt.

[...]